

## Resolution zur Raumplanung

### **Zeit für die Raumwende! Mehr Lebensqualität und weniger Ressourcenverbrauch dank nachhaltiger Raumplanung**

Mit ihrer Initiative für eine Grüne Wirtschaft<sup>1</sup> haben die Grünen das Ziel gesetzt, den ökologischen Fussabdruck der Schweiz bis 2050 auf einen Planeten zu reduzieren. Dieses Ziel wird nur erreicht, wenn wir unseren Ressourcenverbrauch deutlich senken. Das hat auch Folgen für die räumliche Entwicklung unseres Landes: Schutz der Landschaft, lebendige Städte und eine nachhaltige Wirtschaft mit gerechter Verteilung des Wohlstands zwischen den Regionen schaffen die Voraussetzung für mehr Lebensqualität und weniger Verschwendung.

Die Grünen befürworten in diesem Sinne das von Bund, Kantonen und Gemeinden getragene *Raumkonzept Schweiz*.<sup>2</sup> Dieses muss jedoch viel stärker konkretisiert und rasch realisiert werden. Weiter braucht es mehr Mut zur Entwicklung der Zentren und die Bereitschaft, mehr Raum für Natur zuzulassen.

#### **Landschaft schützen**

Täglich gehen wertvolle Landschaften und mit ihnen Lebensgrundlagen für Mensch und Natur, für Landwirtschaft, Erholung und Artenvielfalt verloren. Immer noch wird in der Schweiz jede Sekunde ein Quadratmeter Boden überbaut. Der Raum, in dem wir leben, ist selbst eine begrenzte Ressource. Nirgendwo wird dies deutlicher, als wenn das Siedlungsgebiet ins Land wuchert. Die Grünen setzen sich daher ein, Naturräume zu bewahren, das Kulturland zu schützen und der Zersiedelung einen Riegel zu schieben.

Deshalb engagieren sich die Grünen...

... für die *laufende Revision des Raumplanungsgesetzes*, welche mit griffigen Instrumenten wie der Pflicht zur Rückzonung zu grosser Bauzonen das Siedlungswachstum verlangsamt. Sollte das Gesetz in der Abstimmung<sup>3</sup> abgelehnt werden, werden sich die Grünen für die vorläufig zurückgezogene Landschaftsinitiative<sup>4</sup> einsetzen, welche die Begrenzung der Siedlungsfläche für zwanzig Jahre in der Verfassung festschreiben möchte;

... für die *zweite Etappe der Revision des Raumplanungsgesetzes*. Aus Sicht der Grünen müssen mit dieser Revision der Kulturlandschutz verbessert, Fruchtfolgeflächen erhalten sowie die Planung in funktionalen Räumen gefördert und das Bauen ausserhalb der Bauzonen besser geregelt und stärker eingeschränkt werden;

... nach dem Abstimmungserfolg der *Kulturlandinitiative*<sup>5</sup> der Grünen im Kanton Zürich in weiteren Kantonen mit Initiativprojekten und politischen Vorstössen für den Erhalt von landwirtschaftlich und ökologisch wertvollen Flächen.

## **Mehr Lebensqualität in den Städten**

Die räumliche Ordnung der Bautätigkeit ist eine zentrale Aufgabe der Raumplanung. Gebaut werden soll vor allem in bereits bebauten Gebieten, die gut mit Infrastrukturen erschlossen sind. Dies stellt eine zentrale Voraussetzung für die Bekämpfung der überbordenden Bautätigkeit. Diese Verdichtung muss mit einer besseren Lebensqualität verbunden sein, damit das Leben in der Stadt attraktiv bleibt.

Deshalb engagieren sich die Grünen...

... für eine *Verdichtung und Aufwertung im städtischen Raum*, bei der Grün-, Begegnungs- und Erholungsräume für alle Benutzerinnen und Benutzer, inklusive Familien und Betagte, ausgespart werden. Dazu gehören u.a. das Durchsetzen des öffentlichen Seezugangs, die Renaturierung von Flussläufen, grosszügige Stadtpärke und eine Begrünung der Städte.

... für die Einschränkung des Raums, der dem Autoverkehr in städtischen Gebieten eingeräumt wird, zugunsten von bewohnerfreundlichen Räumen. Der *Fuss- und Velo- sowie der öffentliche Verkehr* sind klar zu bevorzugen.

... für den Erhalt von *bezahlbarem Wohnen in den Städten*, z.B. mit Mindestquoten für preisgünstigen Wohn- und Gewerberaum, die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus und eine Kontrolle der Anfangsmieten, damit die lokale Bevölkerung und das lokale Gewerbe nicht durch Immobilienspekulation verdrängt werden.

## **Ressourcenschonend wirtschaften, auch bei der Bodennutzung**

Die Entwicklung unserer wirtschaftlichen Aktivität wirkt sich stark auf den Raum aus. Der Steuerwettbewerb zwischen Kantonen und Gemeinden führt dazu, dass sie sich an Orten konzentriert, die bezüglich Wohnungsmarkt und Verkehr bereits gesättigt sind. Stattdessen ist in den Randgebieten eine nachhaltige und zielgerichtete Wirtschaftsentwicklung anzustreben. Diese Entwicklung muss auf regionale Entwicklungsschwerpunkte konzentriert sein, damit im Gegenzug gewisse Räume ausschliesslich der Natur zur Verfügung gestellt werden können.

Deshalb engagieren sich die Grünen...

... für eine faire, an Qualität orientierte *Wirtschaftsförderung*,<sup>6</sup> die dank Anwendung von Nachhaltigkeitskriterien sichere und lokal verankerte Arbeitsplätze in zukunftsgerichteten Branchen mit sauberen Technologien und guten Arbeitsbedingungen schafft;

... für die räumliche Planung von Betriebsniederlassungen und Entwicklungsschwerpunkten im Dienste einer massvollen Bodennutzung und eines besseren Umgangs mit der Mobilität sowie für Produktionsstandorte, im Rahmen derer die Betriebe zusammenarbeiten, um ihre Nutzung der Ressourcen zu optimieren (ökoindustrielle Standorte).

... für eine nachhaltige und zielgerichtete Entwicklungsstrategie in den Randgebieten im Rahmen der neuen Agrar- und Regionalpolitik,<sup>7,8</sup> bei der statt einem uferlosen Zweitwohnungsbau insbesondere das Potenzial zur Produktion von ökologischen und qualitativ hochwertigen Lebensmitteln sowie zur Produktion erneuerbarer Energien und für einen sanften Tourismus<sup>9</sup> genutzt wird.

## **Grüne Raumplanung statt Ecopop**

Die Grünen anerkennen, dass die Herausforderungen der Raumplanung durch starkes Bevölkerungswachstum zunehmen. Die Ecopop-Initiative ist aber keine Lösung dafür. Diese Initiative gibt vor, durch eine starre Quote für die Netto-Zuwanderung die Umwelt zu schützen. Die Grünen lehnen diesen Ansatz ab. Eine grüne Raumplanung, verknüpft mit der Ökologisierung der Wirtschaft und der nachhaltigen Bewältigung der Mobilität, ist in mehrfacher Hinsicht die bessere Antwort. Um das Bevölkerungswachstum langfristig zu stabilisieren muss die Verlagerung und Konzentration der Wirtschaft (Monacoisierung) gebremst werden.

Dafür braucht es dringend eine Ausdehnung der flankierenden Massnahmen. Neben einem besseren Schutz vor Lohndumping muss auch der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum wie oben beschrieben gefördert werden. Ausserdem müssen europaweit die Steuern harmonisiert und das Standortdumping konsequent bekämpft werden.

---

*verabschiedet durch die Delegiertenversammlung. Grenchen am 19. Januar 2013*

---

<sup>1</sup> [www.gruenewirtschaft.ch](http://www.gruenewirtschaft.ch)

<sup>2</sup> [www.raumkonzept-schweiz.ch](http://www.raumkonzept-schweiz.ch)

<sup>3</sup> [www.ja-zum-raumplanungsgesetz.ch](http://www.ja-zum-raumplanungsgesetz.ch)

<sup>4</sup> [www.landschaftsinitiative.ch/](http://www.landschaftsinitiative.ch/)

<sup>5</sup> [www.kulturlandinitiative.ch](http://www.kulturlandinitiative.ch)

<sup>6</sup> [www.are.admin.ch/dokumentation/00121/00224/index.html?lang=de&msg-id=44092](http://www.are.admin.ch/dokumentation/00121/00224/index.html?lang=de&msg-id=44092)

<sup>7</sup> [www.blw.admin.ch/themen/00005/00044/01178/index.html?lang=de](http://www.blw.admin.ch/themen/00005/00044/01178/index.html?lang=de)

<sup>8</sup> [www.seco.admin.ch/themen/00476/00496/00498/index.html?lang=de](http://www.seco.admin.ch/themen/00476/00496/00498/index.html?lang=de)

<sup>9</sup> [www.are.admin.ch/dokumentation/00121/00224/index.html?lang=de&msg-id=44406](http://www.are.admin.ch/dokumentation/00121/00224/index.html?lang=de&msg-id=44406)